



EIN LEBEN IN DER STANDESPOLITIK

- über Freiheit und Selbstbestimmung in der Zahnmedizin

INTERVIEW Ingmar Dobberstein und Jan-Phillip Schmidt

Die zahnärztliche Standespolitik in Deutschland betrachtend fällt auf, dass nur sehr wenige junge Zahnmediziner das Engagement für den Berufstand und seine Interessen wahrnehmen. In vielen Organisationen wurde der notwendige Generationenwechsel dabei auch von den, zumeist älteren Amtierenden bisher noch nicht erkannt oder zugelassen. Umso erstaunlicher sind die Persönlichkeiten, die aktiv für eine stärkere Kommunikation zwischen jung und alt eintreten und diese fördern.

Einer dieser Menschen ist der langjährige Präsident und heutige Ehrenpräsident der Bundeszahnärztekammer (BZÄK), Dr. Dr. Jürgen Weitkamp, der sich bereits während seiner Amtszeit für die Einbindung der Studenten und jungen Zahnärzte engagiert hat. Dies mündete unter anderem darin, dass er 2009 Gründungsmitglied des Bundesverbandes der zahnmedizinischen Alumni in Deutschland (BdZA) wurde und kontinuierlich aktive Unterstützung beim Aufbau einer Alumni-Kultur sowie der Interessenvertretung junger Zahnmediziner leistete. UN-PLAQUED nahm seine Ehrung mit dem ALUMNI Preis des BdZA auf der diesjährigen IDS zum Anlass, ihn nach seinen Beweggründen für sein jahrzehntelanges Engagement in der Standespolitik sowie die Motivation junger Zahnmediziner zu befragen. Wir trafen einen beeindruckenden Freigeist und Visionär, der es versteht, Zusammenhänge weit über die Grenzen der deutschen Gesundheitspolitik hinaus zu verknüpfen. Und einen Menschen, der trotz aller Erlebnisse durch die Geschichte hinweg zeigt, dass man seinen Glauben, seine Authentizität und seine Unbefangenheit in jedem Alter erhalten kann.

UN-P: Was hat Sie ursprünglich dazu bewogen, in die Standespolitik zu gehen, anstatt wie viele andere Kollegen, nur in der Praxis zu arbeiten?

JW: In die Standespolitik zu gehen hatte einen ganz simplen Grund, nämlich der Ärger über diejenigen, die gerade Standespolitik machten. Ich denke, das ist für die meisten, die je in die Standespolitik gegangen sind, der übliche Grund gewesen.

Zu meiner Zeit ging es darum, dass 1964, nach einem Richterspruch des Bundessozialgerichts in Kassel die Prothetik in die Verträge aufgenommen wurde, wie man das damals nannte.

Die Prothetik war bislang noch nicht in diesen Verträgen mit den Krankenkassen erfasst. Es gab einen ganz schlichten Zuschuss für Kronen und Brücken und ein paar andere Maßnahmen und das war alles.

Durch diesen Richterspruch wurde die Prothetik eine ›Sachleistung‹. Die Kasseler Richter hatten

aber nur die Basisdinge der Prothetik, also Kronen, Brücken, Prothesen, in die Verträge integriert; alles was darüber hinaus ging, zum Beispiel Keramik-Verblendungen, Geschiebe und vieles andere wurde nicht mit aufgenommen.

Für mich als Freiberufler, und das bin ich von Hause aus, da ich eine Praxis meines Vaters übernommen habe, war alles, was in Verträge gefasst wurde, nicht gut. Es hatte allerdings in diesem Fall den, wenn auch nur finanziellen Vorteil, dass die Krankenkassen auch Leistungen einbezogen, die die Sozialrichter gar nicht als Vertragsmuss vorgegeben hatten. Um diese Leistungen zusätzlich in die Verträge hinein zu bringen, waren die Krankenkassen bereit, den Punktwert unglaublich anzuheben. Das hat mich und viele andere geärgert.

Damals gab es eine Kerngruppe im Freien Verband, die von München aus gesteuert wurde und der wir praktisch als Gegner der Freien Ver-

bandsführung in Westfalen / Lippe angehört, die wiederum die gesamte Prothetik in den Verträgen festschreiben wollte.

So kam es, dass ich bei einer Veranstaltung ein paar Worte sagte und sofort in der Opposition war. Als ich danach den Antrag stellte, in den Freien Verband aufgenommen zu werden, wurde dieser abgelehnt. Ich wurde danach etwas ›lauter‹, so dass man beim Freien Verband in Bonn auf mich aufmerksam wurde. Ich bin also einer der Wenigen, wenn nicht der Einzige, der an einem Landesverband vorbei vom Bundesvorsitzenden in den Freien Verband als Mitglied aufgenommen worden ist.

Wie sich herausgestellt hat, war die Aufnahme der gesamten Prothetik in diese Verträge in vielerlei Hinsicht verderblich für zahnärztlichen Berufsstand. Zum Einen war der Win-for-Profit, den wir damals durch diesen wahnsinnig hohen Punktwert bekamen, verführerisch. Er spülte Geld in unseren Praxen und hat unser Image in der Öffentlichkeit nicht zum Besten werden lassen. Zum anderen ist zurückstecken dann sehr schwierig. Es gab viele Turbulenzen, sowohl als diese Verträge geschlossen wurden, als auch später, als der Punktwert gesplittet wurde, weil er für die Prothetik zu hoch geworden war.

Es gab also Konsequenzen, die wir damals in unserer kleinen Gruppe exakt vorausgesehen hatten: dass beispielsweise die Krankenkassen ausbluten würden und dass Patienten Dinge beanspruchen konnten, die sie eigentlich nicht unbedingt haben wollten, die sie teilweise gar nicht goutiert haben. Diese Entwicklung hat der Zahnmedizin im Wesentlichen für viele Jahre den guten Ruf gekostet und uns vom Pfad der Tugend ein wenig abgebracht. Viele haben den zahnmedizinischen Beruf nicht mehr als einen Heilberuf empfunden, sondern als schlichte Klempnerei – ich sage das in dieser Deutlichkeit, weil ich das auch belegen kann.

UN-P: Teilweise ist die Meinung, dass Viele den zahnmedizinischen Beruf wegen des Geldes wählen, heute noch zu spüren.

JW: Das mag so sein und das hat der *Numerus Clausus* dann auch deutlich gezeigt. Plötzlich studierten diejenigen, die der Physik oder Chemie oder sonstiger hochstehender Fächer befähigt waren, Zahnmedizin, weil man dort am schnellsten mit einer Eins im Zeugnis Geld verdienen konnte. Anscheinend ... das ist ja nicht mehr so.

UN-P: Haben Sie dann einfach weitergemacht mit der Standespolitik?

JW: Ja, und das ging dann merkwürdig schnell. Wir bekamen gegen den etablierten Freien Verband hier in Westfalen mit unserer Gruppierung plötzlich die Mehrheit. Bei einer KZV-Wahl traten die Damen und Herren aus dem Freien Verband aus und wir gründeten einen neuen Freien Verband Bezirk Westfalen/Lippe. Damit hatten wir sowohl die Vorstände im Verband als auch den Vorstand der kassenzahnärztlichen Vereinigung zu besetzen. So kamen wir im Frühjahr 1977 als absolute Greenhorns und Newcomer in den Vorstand der kassenzahnärztlichen Vereinigung.

UN-P: Seitdem und zumindest bis 2008 war bei Ihnen kontinuierlich Standespolitik an der Tagesordnung. Wie haben Sie Praxis, Politik, Familie und Leben in Einklang gebracht?

JW: Ich hatte schon eine gute Art mein Studium einzuteilen: Acht Stunden Arbeiten, acht Stunden Schlafen oder Ausruhen und acht Stunden Feiern. Ich habe das konsequent durchgehalten und so konnte ich zwei Studiengänge überwiegend nebeneinander absolvieren, war nebenbei Ältester des ASTA in Mainz und in einer sehr aktiven Studentenverbindung.

Das ging dann kontinuierlich so weiter. Dabei habe ich möglichst wenig Zeit in der Praxis ausgelassen. Wenn ich viel Arbeitszeit in der KZV zubringen musste oder beim Freien Verband, war

ich abends oder am Samstag in der Praxis. Denn eines war mein oberstes Prinzip und das kann ich allen nur raten: unabhängig zu bleiben. Finanziell unabhängig, aber auch im Geiste unabhängig.

UN-P: Und Ihre Familie hat das auch mitgetragen?

JW: Meine Familie hat das mitgetragen, nicht immer mit allergrößter Freude. Meine Frau, eine promovierte Juristin, hat sich zunächst den Kindern gewidmet und ist dann, als ich sehr häufig außer Haus war, in die örtliche Politik eingestiegen und hat viele Ehrenämter, die sie auch heute noch sehr intensiv betreut.

UN-P: Sie hatten führende Positionen sowohl in der Zahnärztekammer als auch der KZV. Sind Sie nun ein Kammer- oder ein KZV-Mensch? Ich denke hier vor allem an die Zusammenarbeit und die gelegentlichen Verfeindungen der Körperschaften.

JW: Jetzt geht's an Eingemachte ... (*lacht*). Weil mir ja von beiden Seiten hin und wieder vorgeworfen wird, ich sei KZV-Mensch oder ich sei Kammer-Mensch. Meine Ausbildung habe ich in der KZV Münster erhalten. Dann wurde ich irgendwann Stellvertretender Vorsitzender der Vertreterversammlung auf Bundesebene. Später wurde ich für 12 Jahre Vertreter der kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung und habe das auch mit Überzeugung ausgeübt. Als stellvertretender KZV-Vorsitzender in Münster wurde ich dann zum Kammerpräsidenten in Münster gewählt. Da war ich eben beides: KZV-Mann und Kammerpräsident.

Ich weiß sehr wohl, inwieweit uns die KZV nützt und welches die Aufgaben der Kammer sind. Auch wenn sich jetzt manche wundern werden, die mich nur aus der letzten Zeit als Kammervertreter kennen - wir benötigen als Kassenzahnärzte eine ganz starke KZV als Vertretung gegenüber der Politik, den Krankenkassen und der Öffentlichkeit.

Ob diese KZV nun gleichzeitig unser gesamtes Abrechnungsgeschehen übernehmen muss und ob es richtig ist, dass die KZV ihre Stärke ausschließlich darin begründet, dass sie eben diese Abrechnung macht, stelle ich ein wenig in Frage. Denn es scheint ihnen sehr schwer zu fallen, die Kostenerstattung - aus meiner Sicht ein Grundrecht für Patienten und Leistungsträger, die Zahnärzte - sonderlich zu fördern. Ich bin ein absoluter Anhänger und vehementer Vertreter dieser Kostenerstattung.

Wenn es heißt, durch die Kostenerstattung würde eine KZV in Frage gestellt, weil man dann viele Angestellte entlassen müsste, kann ich mit dieser Argumentation überhaupt nichts anfangen. Ich stelle die KZV überhaupt nicht in Frage. Im Gegenteil: Ich möchte dort eine politisch starke Vertretung haben, die unabhängig ist und nicht darauf angewiesen ist, ihre Gelder über das gesamte Abrechnungsgeschehen zu generieren.

Die Kammer hingegen hat die ganz umfassende Aufgabe, den Berufsstand in allen Dingen zu vertreten, die der kassenzahnärztlichen Vereinigung nicht zugeschrieben sind, per Satzung oder Gesetz. Wenn wir uns darauf besinnen würden, dass wir in der einen Körperschaft exakt das oben Beschriebene machen und in der Kammer die große berufspolitische Vertretung sehen, dann kommen wir sehr gut miteinander aus. Kleine Reibungspunkte zwischen zwei unterschiedlichen Organisationen wird es wahrscheinlich immer geben.

UN-P: Wie bewerten Sie die im Bundesgebiet immer wiederkehrenden Machtkämpfe zwischen den Körperschaften?

JW: Diese Machtkämpfe hat es immer schon gegeben. Sie wurden potenziert, als der Gesetzgeber, diese Entwicklung offensichtlich vorausahnend, die Vorstände der Kassenzahnärztlichen Vereinigung zu Vollzeit-Vorständen machte. Diese Kollegen sollten eigentlich nicht mehr in

den Praxen tätig sein. Gleichzeitig wurden die Vertreterversammlungen auf ein Rumpfparlament zusammengeschrumpft. Das waren alles Maßnahmen, die unser Berufsstand nie gefordert hatte. Von da an gab es eine wirkliche Trennung zwischen den ehrenamtlich tätigen Kammervorständen und den professionellen, allein von ihrem Amt in der KZV abhängigen Kollegen. Auch damit kann man fertig werden, selbstverständlich.

Aber die Friktionen wurden größer. Weil sich die einen den ganzen Tag um die KZV kümmern konnten, während die anderen in ihren Kammern weiterhin ehrenamtlich tätig waren und die feste Basis ihres Berufes der praktischen Zahnheilkunde behielten. Das waren neue Herausforderungen und doch ist alles Menschenwerk – mit kühlem Verstand und ohne Emotionen hochkommen zu lassen, kommt man bestens miteinander aus. Wenn es nicht funktioniert, liegt das weniger an der Systematik, sondern überwiegend an den Personen.

UN-P: Während Ihrer Amtszeit kamen sich die Landespolitik und die Wissenschaft in der Zahnmedizin deutlich näher. Vor allem das Verhältnis zwischen der Bundeszahnärztekammer und der DGZMK wurde gefestigt. Warum war das aus Ihrer Sicht vorher nicht so und sehen Sie diesen Prozess als abgeschlossen an?

JW: Dieser Prozess ist überhaupt nicht abgeschlossen, hin und wieder erleidet er sogar Rückschläge. Auf beiden Seiten muss man regelrecht darum kämpfen, dass die alten Zustände – die Wissenschaft im Elfenbeinturm und die KZV und die Kammern für das Grobe zuständig – nicht wieder kommen. Unser Fach ist, das ist Manchen aus den Augen geraten, die wissenschaftliche Zahnheilkunde und hier brauchen wir uns beide. Auf der einen Seite die »Berufspolitiker«, die sich mit der Landespolitik beschäftigen, um diesen Berufsstand nach vorne zu bringen und weiter zu entwickeln. Das funktio-

niert allerdings nur, wenn wir sehr eng mit der anderen Seite, der Wissenschaft zusammen arbeiten. Sie sorgt dafür, dass wir immer wieder mit neuen Innovationen in unsere Praxen gehen und unsere Patienten auf das Beste betreuen können.

Es funktioniert aus pragmatischen Gründen nur so, auch zukünftig betrachtet. Wenn wir uns nebeneinander entwickeln, kämen die alten Zustände zurück. Die Hochschule würde etwas behaupten und lehren, das in der Praxis nie angewendet würde und umgekehrt: die Praktiker würden sagen, dass die Tätigkeiten der Hochschule praxisfern seien und niemals den Patienten zugemutet werden können. Dazu darf es nicht mehr kommen und daran haben wir sehr intensiv gearbeitet. Ich hatte das Glück, während meiner gesamten Amtszeit in Berlin mit Vorständen und Präsidenten in der DGZMK zusammen zu arbeiten, die exakt meiner Meinung waren.

UN-P: Die Realität des Behandlungsalltags differiert nicht selten von den Therapieempfehlungen der Universitäten. Können Sie rückblickend sagen, dass das vor 20 Jahren auch schon so war? Wie könnte man in Zukunft noch mehr an einer gemeinsamen Ebene arbeiten?

JW: Vor 20 Jahren haben beide Seiten aneinander vorbei gelebt. Jeder, der im Bereich der Landespolitik Bezug auf die Hochschule nahm, wurde von seinen eigenen Leuten beschimpft und umgekehrt. Enge Kontakte zwischen den beiden Gruppierungen wurden nicht zugelassen, das war schon aus Gründen der Hygiene nicht gedeihlich und erregte in den eigenen Reihen Misstrauen.

Das hat sich nun restlos gewandelt und ich hoffe, dass sich diese Entwicklung fortsetzt. Wir haben den Deutschen Zahnärztag geschaffen und das ist, wenn man es richtig aufbaut, die ideale Basis, um unter Erhalt der eigenen Identität aufs Engste zusammen zu arbeiten. Einmal im Jahr wird

der breiten, aber auch der internen Öffentlichkeit gezeigt, dass es einen wissenschaftlich fundierten zahnärztlichen Berufsstand gibt, der sich in der Politik und der Wissenschaft gemeinsam darzustellen weiß – mit ganz solider Grundlage.

UN-P: Um den Kreis noch größer zu fassen: Wie sehen Sie die Stellung der Zahnmedizin im Kontext der gesamten Humanmedizin?

JW: Dieser Punkt trifft ein bisschen den Nerv. Die Humanmedizin gibt es in meinen Augen nicht, denn auch wir sind Human-Zahnmediziner. Die Allgemein- und die Zahnmedizin sind ohne einander nicht denkbar. Sehr schön kommt das mit dem Satz zum Ausdruck ›An jedem Zahn hängt ein ganzer Mensch‹ wie wir so profan sagen.

Tatsächlich sind die Beziehungen zwischen den Zahn-, Mund- und Kieferstrukturen und dem Gesamtorganismus außerordentlich eng. Weder die Zahnmediziner haben Grund, abschätzig über die Mediziner zu reden noch umgekehrt. Natürlich sind bei uns die Risiken, Leben zu er-

halten nicht ganz so sichtbar, wie häufig in den medizinischen Fächern. Gleichwohl sind wir ein außerordentlich seriös ausgebildeter und geführter Heilberuf. Ich denke kein Mensch in diesem Lande will sich vorstellen, ohne exzellent ausgebildete Zahnmediziner auszukommen.

UN-P: Gibt es eine Zahnärzteschaft im Sinne einer Gruppe, die gleiche oder ähnliche Interessen vertritt?

JW: Das ist schwierig. Gruppen zeichnen sich dadurch aus, dass sie nicht so einfach auf dem Papier zu beschreiben sind. Eine lebendige Gruppe und das sind die Zahnmediziner, ist schwer als eine Einheit darzustellen.

Gleichwohl beneiden uns die Mediziner, da wir relativ konform sind. Wir betreiben unsere Tätigkeit überwiegend ambulant und sind ausschließlich auf Zahn, Mund- und Kieferkrankheiten ausgerichtet. Wir haben den unglaublichen Vorteil, dass wir seit 1952 unsere Magna Carta, das Zahnheilkundegesetz haben, nach dem Zahn, Mund- und Kieferheilkunde nur vom



approbierten Zahnarzt ausgeübt werden darf. Wenn wir das als Identitätsmerkmal unseres Berufsstandes sehen, kann uns eigentlich nicht viel passieren. Vor allen Dingen, weil wir im gleichen Gesetz – und das Zahnheilkundengesetz ist eines von nur fünf Gesetzen, die einstimmig im Bundestag verabschiedet worden sind – als freier Beruf beschrieben worden sind.

Dies immer wieder zu betonen und darum zu kämpfen, lohnt sich sehr, denn als freier Beruf sind wir sehr gut gefahren. Es hat ja eine Ministerin gegeben, die die Ideologie der Freiberuflichkeit als etwas gesehen hat, was abzuschaffen sei. Wenn das von Regierungsseite kommt, müssen wir wachsam sein. Man kann es auch als besonders hohes Lob ansehen, denn es ärgert die Politik ganz furchtbar, dass wir so große Vertreter der Freiberuflichkeit sind.

Ohne andere Berufsformen abwerten zu wollen, beruht Freiberuflichkeit darauf, dass ich erstens exzellent ausgebildet bin, in unserem Fall akademisch, dass ich zweitens in meinen Entscheidungen, sowohl Diagnose als auch Therapie, unabhängig sein muss und dass ich drittens eine gute wirtschaftliche Grundlage haben sollte. Wir sollten das sehr ernst nehmen, gerade in Hinblick darauf, dass es manche Bestrebungen gibt, unseren Beruf an etwas lautere Wettbewerbs- und Werbestructuren heranzuführen oder Techniken in unsere Praxen aufzunehmen, die eher dem Gewerbe zuzuschreiben sind, als unserem freien Heilberuf.

UN-P: In einigen Bundesländern haben wir bei Körperschaftswahlen Wahlbeteiligungen von nur 40 %. Was kann man tun, um das politische Interesse der Zahnärzte für ihre eigenen Belange zu steigern?

JW: Ein probates Mittel, um das Interesse zu steigern wäre, dass es unserem Berufsstand wirtschaftlich schlechter ginge, aber das möchte ich nicht verwirklicht sehen. Wenn unsere

freiheitlichen Strukturen eingeengt würden und wir plötzlich anders um unser Überleben kämpfen müssten, bin ich mir sicher, würde uns das enger zusammenschließen. Aber diese Zeiten wollen wir nicht herbeireden. Also können wir mehr politisches Interesse nur erreichen, indem wir uns klare Ziele setzen.

Das berühmte Beispiel: Wenn man ein Boot bauen will, darf man seine Leute nicht als erstes Holz und Material sammeln lassen, sondern sollte als erstes das Ziel beschreiben, das man nach einer schönen Fahrt über den Ozean erreichen will. Dann erst trägt man die Mittel dafür zusammen. Das gilt auch für uns und ist gerade der Jüngeren Generation sehr ans Herz zu legen: sich Ziele zu erarbeiten, Ziele zu setzen und darauf hinzuwirken. Man darf das Geschehen nicht der Tagespolitik oder kurzfristigen Aktionen überlassen, die gerade mal für die nächsten zwei Jahre reichen, darüber aber nicht hinausgehen.

Das Wichtigste aus meiner Sicht ist, in der Landespolitik die gesetzten Ziele auch beharrlich anzustreben, auch wenn es viele Widrigkeiten gibt. Ich denke, wenn die Kollegenschaft diese Ziele erkennt, beginnt sie auch wieder, eifriger in der breiten Masse darüber zu diskutieren. Wenn man diskutiert hat man vielleicht auch wieder Spaß daran, sich zu beteiligen. ›Le monde sarai par quelqu'un sans‹, das habe ich in der Schule gelernt und es stimmt: ›Die Welt wird immer nur von einigen Wenigen gerettet‹. Bei uns gibt es nichts zu retten, aber es gilt zu führen und ich freue mich deswegen sehr, dass die junge Zahnärzteschaft ganz offensichtlich bereit ist, ihre Geschicke mehr in die Hand zu nehmen als noch die Generation, die allzu eifrig mit dem Beschleifen von Zähnen beschäftigt war.

UN-P: Vor 25 Monaten sind Sie Gründungsmitglied des Bundesverbandes der zahnmedizinischen Alumni geworden. Was hat Sie dazu bewogen?

JW: Während meiner Tätigkeit in der Landespolitik hat mir in den letzten Jahrzehnten immer ein Ansprechpartner der jungen Kollegenschaft gefehlt. Das liegt daran, dass die jungen Engagierten an den Universitäten trotz des schönen Amtes, was sie in der Fakultät übernommen hatten, mehr oder weniger konzentriert darauf waren, im Studium so schnell wie möglich voranzukommen und die Universität auch wieder schnell zu verlassen.

Nun sehe ich die große Chance, das zu verwirklichen, was ich aus meiner Studienzeit in Amerika kenne: die Pflege derjenigen, mit denen man die Universität besucht hat. Nicht nur voll in den Beruf einzusteigen, sondern gleichzeitig auch das Netzwerk aus der Studentenzeit aufrecht zu erhalten.

Es ist sehr gut, dass über diesen Alumni-Gedanken, der in Deutschland ja so gut wie unbekannt war, jetzt ein neues Netzwerk junger Zahnärzte entsteht, die echte Ansprechpartner sind, die sich organisieren und sich nicht scheuen, selbst zu reflektieren. Sie sollen heftig diskutieren und auch wirklich mitsprechen und werden in vielen Dingen zunehmend auch um Mitsprache gebeten.

Ein schönes Beispiel dazu: Im Zuge der Neugestaltung der Approbationsordnung saß ich in einem Gremium, bei dem von Seiten des Fakultätentages geprüft wurde, ob das Zahnmedizinstudium in seiner Basis auf das breite Medizinstudium zu stellen sei und nicht nur die Fächer vor dem Physikum für Zahnmediziner aufbereitet werden sollten. Dass also die gesamte Zahnmedizin auf ihre Ursprünge, die der Medizin, zurückzuführen sei.

Diese Idee hätte die Zahnmediziner deutlich mehr belastet als die normalen Medizinstudenten. Zu Recht äußerte das Gremium in einer Sondersitzung höchste Bedenken, ob diese Regelung denn von der Studentenschaft getragen würde. Hochschule und Landespolitik sa-

ßen an einem Tisch und waren beide dafür, so dass es für die Stimmung in diesem Gremium ganz entscheidend darauf ankam, was die Studentenvertreter dazu sagen würden. Damals haben Sie, Herr Schmidt, in vehementer, überzeugender und fundierter Art und Weise gegen diese Regelung und für die Studenten gesprochen. Damit war der deutsche Fakultätentag in seiner Grundstimmung diesbezüglich restlos gekippt.

UN-P: Bisher kann man den Alumni-Gedanken noch nicht als allgemeine Welle in Deutschland wahrnehmen. Glauben Sie, dass die Körperschaften bzw. auch die Berufsverbände ihre Meinung ebenso vertreten?

JW: Das müssten Sie besser wissen als ich, Herr Dobberstein. Sie sitzen derzeit in einem Vorstand unserer Berufsvertretung, noch dazu in keinem Unwesentlichen, sondern einem sehr Bedeutendem. Ich meine, dass jede neue Idee zunächst auf Abwehr stößt. Man könnte ja befürchten, mit ihren frischen Ideen nehmen die Studenten mir am Ende ein Stück meiner Autorität und vielleicht sogar mein Amt weg. Da muss man einfach beharrlich bleiben. Diese Idee der Alumni ist einfach so überzeugend, dass keiner daran vorbeikommt. Wer sich jetzt noch wehrt, den wird irgendwann das Wort treffen. Wenn man jetzt nicht schnell umschwenkt, hat einen die Geschichte überholt.

UN-P: Warum würden Sie jungen Zahnmedizinern empfehlen, sich in der Landespolitik zu engagieren?

JW: Um sein eigenes Schicksal in der Praxis und seine Zukunft nicht anderen zu überlassen.

UN-P: Sie haben sich während Ihrer Amtszeit stark für eine Erneuerung der GOZ eingesetzt und vor der Einführung einer Öffnungsklausel gewarnt. Dieses Jahr soll nun



die GOZ erneuert werden. Wie bewerten die Aussage des Ministeriums, dass die geforderten und laut Prognosstudie nachgewiesenen 50% oder mehr Erhöhung nicht möglich sein werden?

JW: Um mit dem letzten Teil zu beginnen: In diesen Zeiten ist eine Forderung nach 50 % oder 60 % Erhöhung nicht zu verwirklichen, schon gar nicht, wo allen suggeriert wird, dass gespart werden muss. Wir haben die überzeugenden Zahlen, aber sie nutzen uns wenig, wenn ein kleiner Berufsstand in diesem Lande solche Forderungen stellt. Das muss man anders anfangen. Mit dieser Forderung stellt sich der Berufsstand gar zu leicht in eine Ecke, die ihn dann nicht mehr diskussionsfähig erscheinen lässt und das wäre nicht gut. Aber es gäbe ja andere Möglichkeiten.

Die Öffnungsklausel ist eigentlich so überflüssig wie ein Kropf, wir brauchen sie nicht. Aber wenn wir sie schon drohen sehen, muss man mit der Gegenforderung antworten. Dann muss diese

Öffnungsklausel auch für den einzelnen Kollegen gelten, das heißt, er darf mit seinen Patienten ebenso einen Vertrag schließen und die Versicherungen müssen gleichwohl die Grunderstattung der Kosten übernehmen. Dazu bedürfte es eines großen Ruckes im Ministerium, denn auf diese Weise bräuchten wir nicht mehr über 50 oder 60 Prozent Erhöhung einer GOZ oder diesem Fall der HOZ zu sprechen, sondern jeder Kollege könnte dann die HOZ zur Grundlage seines Verhältnisses mit dem Patienten machen.

Ich halte so etwas im Sinne der Freiberuflichkeit immer noch für besser, als kollektiv in eine Ecke gestellt zu werden, in die wir nicht gehören. Wir machen exzellente Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde und die Mehrheit unserer Patienten hat inzwischen begriffen, dass qualitativ hochwertige Zahnheilkunde auch Geld kostet.

Ich möchte gern alle ermutigen, in diesem Sinne weiterzukämpfen, was immer jetzt kommen mag. Als wirkliche Freiberufler das Geschehen weitgehend selbst in der Hand zu behalten und

sich nicht darauf zu verlassen, was uns die Politik diktiert. Mein bester Kontrolleur ist mein Patient, das sage ich immer wieder, auch im Zusammenhang mit der Kostenerstattung, aber mein bester Partner ist ebenso der Patient, vor allem wenn ich sorgfältig mit ihm spreche. Sprechen der Zahnheilkunde bedeutet weit mehr als nur den stummen Patienten zu haben und ihn mit irgendeiner Sachleistung anonym zu behandeln.

UN-P: Zu Beginn Ihrer Amtszeit haben Sie sich stark für eine Beschränkung, wenn nicht sogar Ausgliederung der >Erwachsenenzahnmedizin< aus der gesetzlichen Krankenversicherung eingesetzt, bei gleichzeitiger Förderung der Kinder- und Jugendzahnmedizin. Dachten Sie dabei an das skandinavische Modell bzw. wie bewerten Sie derartige Ausstiegsmodelle?

JW: Das war in höchster Not gesagt, als die Bedrängnis sehr groß war und mal wieder Kürzungen für die Zahnheilkunde ins Haus standen. Damals dachte ich mir, dass Schicksal selbst in die Hand zu nehmen ist immer besser, als es denen zu überlassen, die im kassenzahnärztlichen Geschehen immer nur mit Kürzungen gearbeitet haben, zum Beispiel die Seehofer-Gesetzgebung 1993 mit den Budgets. Also machten wir den Vorschlag nach vorne und schlugen einen Weg à la Dänemark und Skandinavien vor. Dort wird die gesamte Jugendzahnheilkunde vom Staat oder der Versicherung übernommen und die Erwachsenen-zahnheilkunde ist ausgegliedert.

Das war aber nur ein Notweg und ist nicht mein Königsweg. Der ist ganz sicher nicht die restlose Abkopplung aus dem gesellschaftlichen Geschehen unseres Landes. Eine solide Grundversorgung aller durch ein kollektives Versicherungssystem ist wichtig und dazu stehe ich auch. Der Vorschlag damals war ein Notausgang und eine Argumentation um der Politik deutlich zu machen, dass man es auch ganz anders machen könnte und die Zahnärzteschaft sich nicht unbeantwortet alles gefallen lässt.

UN-P: Dieser Vorschlag wurde bei der Gesundheitsreform 2005 noch einmal ernsthaft von der Regierung überlegt. Er fand seine Begründung darin, dass im Vergleich zu anderen Erkrankungen die Zähne durch Präventionsmaßnahmen und damit durch Eigenverantwortung weitestgehend gesund erhalten werden können.

JW: Ich denke, wissenschaftlich gesehen und aus den Erfahrungen in der Praxis heraus, können wir das Diktum »Ein gesunder Zahn wird niemals krank« nicht mehr aufrecht halten. Auch das war sicherlich zu grob, als dass man es als Zielprojektion für den Weg unseres Berufsstandes sehen könnte. Ich würde das heute, aus der Ruhe heraus, nicht als mein Ziel formulieren.

Ich halte es für das geeignete Mittel, eine Grundversorgung solidarisch zu organisieren, in welcher Form auch immer. In diesem Lande ist die nicht unerfreuliche Mentalität vorhanden, dass Gesundheit und gesundheitliches Wohlergehen eben nicht nur Sache des Einzelnen ist, sondern aller. Und da müssen wir uns weiter gegenseitig beeinflussen. Aber wir müssen auch deutlich machen, dass Prävention ein ganz wesentlicher Faktor ist. Nicht, um Geld zu sparen, sondern um das Wohlbefinden der Menschen durch alle Lebensalter zu fördern. Ich wiederhole noch mal, dass Gesundheit finanziell nicht bei dem Einzelnen belassen werden sollte.

UN-P: Wenn Sie aus Ihrer Amtszeit ein kurzes Fazit ziehen könnten, welches wäre das?

JW: Ich hoffe das Prinzip *nihil nocere*, dass ich in der Praxis zu beantworten habe, ich auch in meiner gesamten standespolitischen Tätigkeit verwirklichen konnte. Ich hatte das Glück, nie bei einer Wahl oder Abstimmung zu verlieren – aber ob es das richtige Indiz für erfolgreiches Handeln ist, weiß ich nicht. Ich wäre nicht so vermessend. Das können nur andere sagen, an welcher Stelle ich der Zahnärzteschaft wirklich genutzt habe. Ich sehe aber eine Fülle von Dingen, die auch heute noch weiter verfolgt werden,

nachdem ich sie in den Berufsstand hineingebracht habe.

UN-P: Auch im eigenen Interesse für den BdZA: Haben Sie noch Kontakt zu ehemaligen Kommilitonen? Wenn ja, wie gestaltet sich dieser?

JW: Ich habe noch direkten Kontakt zu einem Kommilitonen aus meinem allerersten Semester. Zu meiner Stammuniversität Mainz habe ich emotional noch enge Beziehungen und zu einer Reihe von Kommilitonen Kontakte, aber alles beruht auf rein persönlicher Basis.

Noch schöner wäre es, wenn ich wie an der Ann Arbor University of Michigan auch Mitglied einer Alumni-Vereinigung wäre, von der ich regelmäßig Nachrichten über meine Universität erhalte. Es wäre schön, hin und wieder lesen zu können, wer sich wo in welchem Ort niedergelassen hat oder Hochschullehrer geworden ist, so dass man sich zumindest telefonisch kontaktieren könnte, um zu hören, wie es dem anderen geht und wie schön doch die alten Zeiten waren,

als wir uns gemeinsam im Studium gefreut oder unter der Menge des zu lernenden Wissens gelitten haben.

UN-P: Der BdZA setzt heute auf moderne Technik und die ALUMNIGROUPS als Community-Plattform. Sie kommen aus einer anderen Generation: Können Sie sich vorstellen, dass durch die neuen Medien eine größere Chance besteht, dass Zahnärzte sich wieder mit ihren ehemaligen Kommilitonen austauschen?

JW: Um hundert oder mehr Jahre Universitäts-geschehen und -geschichte der anglikanischen Länder mit ihrem Alumni-Wesen aufzuholen, muss man alle Wege nutzen. Nachdem ich gesehen habe, dass in Ägypten eine ganze Revolution über das Internet losgetreten werden konnte – warum soll es dann nicht möglich sein? Es kann eigentlich gar nicht anders gehen, um die Geschichte aufzuholen. Die allerneuesten Techniken sollten intensiv genutzt werden, darin sehe ich eine richtig große Perspektive. Alumnis in Deutschland zu organisieren.

Wir bedanken uns für das Interview.

